

Dienstag 15. Januar 2019

Nummer 830

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Das gesamte Stiftungs-Team freut sich, Sie wieder zu begrüßen und wünscht Ihnen ein frohes Jahr 2019!

Kampf gegen Fake News und Schutz von Journalisten

Autor : David Alandete



Russische Propagandamedien arbeiten bereits daran die Europawahlen im Mai 2019 zu beeinflussen. Journalisten in der gesamten EU müssen vor zunehmender Einmischung in ihre Arbeit und Angriffen geschützt werden, die darauf abzielen die Institutionen durch die Verunglimpfung ihrer Arbeit zu schwächen.

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Atlas/EU - Konferenz/Paris **Parlament** : Verteidigung
Kommission : Fiskalität/Untersuchung **Rat der Europäischen Union** : Präsidentschaft/Rumänien - Zukunft/EU **Diplomatie** : Handel - Iran/Terrorismus - Kosovo-Serbien - Thailand/Fischerei **Gerichtshof** : Digitales EU-
Rechnungshof : EZB **EZB** : 20 Jahre Euro **Deutschland** : Griechenland
Spanien : Andalusien - Haushalt 2019 **Frankreich** : Debatte - Vertrag/deutsch-französisch
Griechenland : Rücktritt **Lettland** : Regierung?
Polen : Trauer/Bürgermeister **Rumänien** : Anti-Korruption
Großbritannien : Änderungen - Briefe **Mazedonien** : Abstimmung/Name
Europarat : Kandidaturen - Litauen **Weltbank** : Rücktritt **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - F&E
Kultur : Kulturhauptstädte - Ausstellung/Barcelona - Jazz/Brüssel - Musik/Glasgow - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Ständiger Atlas der Europäischen Union



Im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen hat die Robert-Schuman-Stiftung eine neue Ausgabe des "Ständigen Atlas der Europäischen Union" veröffentlicht, der einen umfassenden Überblick über die Union, das Euro-Währungsgebiet und jeden ihrer Mitgliedstaaten bietet und jedem Leser jederzeit die neuesten und objektivsten politischen und statistischen Informationen zur Verfügung stellt. Erhältlich in gedruckter Form, auf der Website der Stiftung oder in Buchhandlungen sowie in digitaler Form... [Fortsetzung](#)

OFI Konferenz 2019

Pascale Joannin wird am 16. Januar an der Jahreskonferenz des OFI



und insbesondere an einem Runden Tisch teilnehmen, bei dem Sie ein makroökonomisches und geopolitisches Panorama Europas präsentieren wird... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Auf dem Weg zu einem europäischen Weißbuch zur Verteidigung?



Die Frage eines Weißbuchs der Verteidigung auf europäischer Ebene wird derzeit diskutiert. Viele Stimmen, insbesondere im Europäischen Parlament, drängen auf eine solche Initiative, während andere sie für unnötig halten. Das Europäische Parlament hat gerade eine Studie von Frédéric Mauro veröffentlicht, die den Weg für ein Weißbuch ebnen soll... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Untersuchung der von den Niederlanden an Nike gewährten Steuervorteile



Die Europäische Kommission hat am 10. Januar eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob die von den Niederlanden an Nike gewährten Steuerbefreiungen dem Unternehmen, durch den Verstoß gegen die EU-Beihilfavorschriften, einen unlauteren Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern verschafft haben könnten. Die Untersuchung der Kommission wird prüfen, ob die Maßnahmen die Steuerbemessungsgrundlage von Nike seit 2006 übermäßig reduziert haben könnten... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Eröffnung der rumänischen Ratspräsidentschaft



romania2019.eu

#ro2019eu

Die Eröffnungsfeier der rumänischen Ratspräsidentschaft fand am 10. Januar in Bukarest in Anwesenheit des Kollegiums der Europäischen Kommissare statt. Der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, erinnerte an die natürliche Berufung Rumäniens nach Europa. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, forderte die Rumänen auf, die europäischen Werte zu verteidigen. Der rumänische Außenminister Teodor Meleşcanu bestätigte erneut, dass Rumänien für seine erste Präsidentschaft bereit ist, während Premierminister Viorica Dăncilă versicherte, dass Rumänien entschlossen sei, während seiner Ratspräsidentschaft einen positiven Beitrag zu leisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Schlussfolgerung des Rates Allgemeine Angelegenheiten



Am 8. Januar diskutierten die Minister für europäische Angelegenheiten die Prioritäten der rumänischen Ratspräsidentschaft, die auf vier Säulen ruht: ein zusammenwachsendes Europa, ein sichereres Europa, ein Europa der gemeinsamen Werte und Europa als stärkerer globaler Akteur. Sie wurden über den Stand der Beratungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) informiert. Sie tauschten ihre Ansichten über Fehlinformationen aus, ein Thema das im Zusammenhang mit den bevorstehenden Europawahlen von entscheidender Bedeutung ist, und insbesondere darüber, welche Elemente im Rahmen des vom Europäischen Rat im Dezember geforderten künftigen Aktionsplans zu einer Priorität werden könnten. Die Minister erörterten auch, wie die Kommunikation über Europa verbessert werden kann... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Handelsgespräche mit Japan und den Vereinigten Staaten



Am 9. Januar traf die für Handel zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström in Washington mit den US-amerikanischen und japanischen Handelsministern Hiroshige Seko und Robert E. Lighthizer zusammen. Sie erörterten die Politik und Praktiken des geschlossenen Marktes sowie die Ermittlung zusätzlicher Kriterien für die Angabe der Marktbedingungen. Sie bekräftigten auch ihre Bereitschaft, bei der Reform der Welthandelsorganisation (WTO) zusammenzuarbeiten. C. Malmström kündigte auch an, dass das Mandat für die Aushandlung eines Abkommens über den Handel mit Industriegütern mit den Vereinigten Staaten "fast abgeschlossen" sei, was den Weg für offizielle Gespräche ebnete... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Neue Sanktionen gegen den Iran wegen Terrorismus



Am 9. Januar hat der Rat zwei neue iranische Staatsangehörige und die Direktion für innere Sicherheit des iranischen Ministeriums für Nachrichtenwesen und Sicherheit auf seine Liste der Terroristen aufgenommen. Mit dieser Entscheidung wird auf die in jüngster Zeit gescheiterten Versuche von Angriffen auf europäisches Territorium, insbesondere in Dänemark, Frankreich und den Niederlanden, reagiert. Die Liste umfasst nun 15 Einzelpersonen und 21 Gruppen und Unternehmen, die dem Einfrieren ihrer Gelder und sonstigen finanziellen Vermögenswerte unterliegen. Es ist auch der EU untersagt, ihnen Mittel und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kosovo will Zölle gegenüber Serbien erhöhen



Bei einem Treffen mit der kosovarischen parlamentarischen Delegation für den Dialog mit Serbien am 8. Januar in Brüssel bekräftigte die Hohe Vertreterin der EU, Federica Mogherini, ihre Forderung an die kosovarischen Behörden, die Ende 2018 eingeführten Zölle gegen Serbien aufzuheben. Sie betonte daher die Bedeutung gutnachbarschaftlicher Beziehungen im Einklang mit den strategischen Zielen der Region, um eine Normalisierung der Beziehungen zu Serbien zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Kommission zieht gelbe Karte für Thailand zurück



Am 8. Januar zog die Kommission die seit April 2015 gegen Thailand verhängte "gelbe Karte" zurück, die darüber informierte, dass das Land nicht genug zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei unternimmt. Die Kommission erkannte an, dass Thailand Fortschritte gemacht hat und die Mängel seiner Rechts- und Verwaltungssysteme im Fischereisektor behoben hat. Die Rücknahme der gelben Karte beendet ein Verfahren, das zu Beschränkungen der thailändischen Einfuhren von Fischereiresourcen hätte führen können... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Ansichten des Generalanwalts zum Recht auf Vergessen



Am 10. Januar schlug die Generalanwältin des Gerichtshofs der Europäischen Union vor, die EU-weite Dereferenzierung, für die Suchmaschinenbetreiber verpflichtet sind, zu beschränken. Sie empfiehlt, Internetlinks nur innerhalb der Union aus einer Suchmaschine zu entfernen, auch durch die Verwendung der so genannten Geo-Blocking-Technik, um die Freiheit von Personen außerhalb der Union, auf diese Informationen zuzugreifen, nicht zu beeinträchtigen. In einer weiteren Rechtssache hat die Generalanwältin dem Gerichtshof vorgeschlagen, zu entscheiden, dass der Betreiber einer Suchmaschine einen Antrag auf Dereferenzierung sensibler Daten systematisch annehmen muss, wobei er gleichzeitig den Schutz des Rechts auf Zugang zu Informationen und der Meinungsfreiheit gewährleistet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU-Rechnungshof :

Forderung nach einer echten Prüfung der Bankenaufsicht der EZB



In einem Schreiben an das Europäische Parlament vom 14. Januar forderte der Rechnungshof die EU-Gesetzgeber auf, einzuschreiten, um sicherzustellen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihr uneingeschränktes Zugang zu den für die Prüfung der Banken erforderlichen Dokumenten gewährt. Der Hof ist der Ansicht, dass die Tätigkeiten der Bankenaufsicht erhebliche Risiken für die öffentlichen Finanzen mit sich bringen, dass man jedoch nicht in der Lage ist, diese ordnungsgemäß zu prüfen, wenn die EZB dem Rechnungshof keinen besseren Zugang zu den erforderlichen Dokumenten gewährt... [Fortsetzung](#)

EZB :

Der Euro wird 20



Der Euro, die gemeinsame Währung der Europäischen Union, wurde am 1. Januar 20 Jahre alt. Im Januar 1999 nahmen 11 Mitgliedstaaten den Euro als offizielle Währung an und vertrauten ihre Geldpolitik der Europäischen Zentralbank an. Im Jahr 2002 wurde der Euro mit der Einführung von Münzen und Banknoten nach der Formulierung des damaligen Präsidenten der Kommission Romano Prodi zu einem "kleinen Stück Europa in unseren Händen". Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani erinnerte an die

starke Unterstützung der Bevölkerung für diese gemeinsame Währung. Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, betonte, dass es sich um ein Instrument handelt, mit dem die Union als globale politische und wirtschaftliche Kraft zum Ausdruck kommt. 19 Mitgliedstaaten teilen sich heute den Euro... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Angela Merkel in Griechenland



Bei ihrem ersten Besuch in Griechenland seit fünf Jahren, am 10. und 11. Januar, diskutierten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr griechischer Amtskollege Alexis Tsipras über die Rückkehr Griechenlands zu wirtschaftlicher Stabilität, Migration und Mazedonien. Sie versicherte, dass Griechenland "weiterhin auf seine Partnerschaft und Freundschaft mit Deutschland vertrauen kann". Sie betonte, dass das Abkommen über den Namen Mazedoniens der Stabilität der westlichen Balkanstaaten und der Europäischen Union zugute kommen wird... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Koalition zwischen der Volkspartei und Ciudadanos in Andalusien



Um eine Regierung für die Autonome Gemeinschaft Andalusien zu bilden und die 36 Jahre sozialistische Macht (PSOE) in der Region zu beenden, unterzeichnete die Volkspartei (PP) - die zweite bei den Wahlen vom 2. Dezember nach der PSOE - einen Koalitionsvertrag mit der mitte-rechts stehenden Partei Ciudadanos. VOX, ein neues Mitglied des Regionalparlaments, unterstützt diese Koalition, ohne an der Regierung teilzunehmen... [Fortsetzung](#)

Die Regierung stellt den Haushalt 2019 vor.



Die spanische Regierung legte am 11. Januar ihren Haushalt 2019 vor, den sie als den sozialsten Haushalt definiert, den das Land je gesehen hat: Konsolidierung der öffentlichen Dienste, Erhöhung der Rentenausgaben, Stipendien, Ausgaben zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer und Abhängigkeit, finanziert durch Steuererhöhungen. Mit einer Wachstumsprognose von 2,2% sagt Finanzministerin Maria Jesus Montero, dass der Haushalt trotz der Erhöhung der Ausgaben im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Haushaltsstabilität stehen wird: Das Defizit wird auf 1,8% des BIP geschätzt... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Emmanuel Macrons Brief an die Franzosen



Am 13. Januar veröffentlichte Emmanuel Macron einen Brief an die Franzosen, in dem er den Rahmen für die nationale Debatte vom 16. Januar bis 15. März darlegte. Ziel ist es, "gemeinsam die großen Fragen unserer Zukunft zu stellen", um "Wut in eine Lösung zu verwandeln". Die vier von der Regierung gewählten Themen sind Steuern und öffentliche Ausgaben, die Organisation des Staates und der öffentlichen Dienste, der ökologische Übergang, Demokratie und Bürgerschaft... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ein neuer deutsch-französischer Vertrag ab dem 22. Januar



Am 8. Januar gaben die französische und die deutsche Regierung bekannt, dass sie am 22. Januar in Aachen den neuen deutsch-französischen Kooperations- und Integrationsvertrag unterzeichnen werden. Aufbauend auf dem Elysée-Vertrag von 1963 (deutsch-französischer Freundschaftsvertrag) wird das neue Dokument die Beziehungen in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung und Kultur, Forschung und Technologie, Klima und Umwelt sowie Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen und zwischen Zivilgesellschaften stärken.. [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Rücktritt des Verteidigungsministers



Vor der Abstimmung über die Ratifizierung des Namensabkommens mit Mazedonien trat der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos, Vorsitzender der nationalistischen Anel-Partei und Regierungspartner der linksradikalen Syriza, am 13. Januar zurück, da

er gegen das Abkommen ist. Premierminister Alexis Tsipras hat ein Vertrauensvotum des Parlaments für den 16. Januar gefordert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Lettland :

Krišjānis Kariņš zur Bildung einer neuen Regierung



Am 7. Januar übergab der lettische Präsident Raimonds Vējonis, Krišjānis Kariņš von der Neuen Einheitspartei (Mitte-Rechts) die Aufgabe eine Regierung zu bilden, die auf der Unterstützung basiert, die er von vier anderen Parteien erhalten hat: Neue Konservative Partei, Entwicklung/FOR, Nationale Allianz, KPV LV. Damit würde die Regierung nach den Wahlen vom 6. Oktober letzten Jahres eine Mehrheit von 66 der 100 Sitze im Parlament erhalten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Der Bürgermeister von Danzig Paweł Adamowicz wurde ermordet.



Paweł Adamowicz, seit 1998 Bürgermeister von Danzig und Mitglied der Mitte-Rechts-Partei der Bürgerplattform (PO), starb am 14. Januar, nachdem er am Vortag bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung mit einem Messer attackiert wurde. Tausende von Menschen, darunter auch der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, versammelten sich am Montagabend in Danzig, um ihm zu gedenken, während die polnische politische Klasse diese Tat einstimmig verurteilte. Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani würdigte P. Adamowicz am 15. Januar in einer Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer von Gewalttaten in Europa... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Abschied des Leiters der Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft



Die vorläufige Leiterin der rumänischen Nationalen Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft (DNA), Anca Jurma, kündigte am 8. Januar an, dass Sie ihre Position nicht verlängern werde, da sie ein "feindliches Umfeld" für die Ausübung ihrer Funktionen in Rumänien erfahren habe, einem Land, das seit dem 1. Januar den halbjährlichen Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Sie folgte im Juli auf Laura Codruta Kovesi, die von der herrschenden Mehrheit entlassen worden war. Letztere hat die Angelegenheit gerade an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, zur Überprüfung, weitergeleitet... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Theresa May muss zurück zum Parlament



Am 9. Januar verabschiedeten die Abgeordneten einen Änderungsantrag, der die Regierung zwingt, sich sehr schnell wieder an das Parlament zu wenden, falls es das Rücktrittsabkommen mit Brüssel ablehnen wird. Wenn die Abgeordneten diese Vereinbarung am 15. Januar ablehnen, hat Theresa May drei Tage Zeit, um ihnen für eine erneute Abstimmung einen Plan B vorzulegen. Ein Änderungsantrag des Abgeordneten Dominic Grieve wurde vom Unterhaus mit 308 zu 297 Stimmen angenommen. Dies ist ein weiterer Rückschlag für die Premierministerin, nachdem die Mitglieder des Parlaments am 8. Januar einen ersten Änderungsantrag angenommen haben, der den Haushaltsspielraum der Regierung im Falle eines "no deal" einschränken würde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Briefwechsel zwischen europäischen und britischen Staats- und Regierungschefs vor der Abstimmung



Die Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, und der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hatten am 14. Januar einen Briefwechsel mit der britischen Premierministerin Theresa May, um ihre jeweiligen Verpflichtungen gegenüber dem Brexit zu klären, insbesondere in Bezug auf die Frage des "Sicherheitsnetzes" in Nordirland. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind bereit, technische Lösungen zu finden, um das Inkrafttreten der Maßnahme zu verhindern, und engagieren sich für baldige Handelsverhandlungen. Der Briefwechsel findet am Vorabend der Abstimmung der britischen Abgeordneten über die Ratifizierung der Vereinbarung des Vereinigten Königreichs über den Austritt aus der EU statt... [Fortsetzung](#)

Mazedonien :

Ratifizierung des Abkommens mit Griechenland über den neuen Namen des Landes



Das mazedonische Parlament hat am 11. Januar die vier Verfassungsänderungen angenommen, die erforderlich sind, um die Änderung des Namens ihres Landes in "Republik Nordmakedonien", gemäß dem im Juni 2018 unterzeichneten Abkommen mit Griechenland, zu ratifizieren. Das Abkommen wurde von 81 Abgeordneten ratifiziert, eine Stimme mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit, während die Opposition die Abstimmung boykottierte und zu vorgezogenen Wahlen aufrief. Die Namensänderung, die die Integration Mazedoniens in die NATO und die EU voranbringen soll, wird in Kraft treten, wenn sie auch vom griechischen Parlament ratifiziert wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

4 Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs



Am 11. Januar gab der Europarat die vier Bewerber bekannt, die sich als Nachfolger von Thorbjørn Jagland, ab Oktober nächsten Jahres als Generalsekretär beworben haben. Es handelt sich um den ehemaligen litauischen Premierminister Andrius Kubilius, die ehemalige griechische Außenministerin Dora Bakoyannis, die kroatische Außenministerin Marija Pejcinovic Buric und den belgischen Außenminister Didier Reynders. Die vier Kandidaten werden vom Ministerkomitee angehört, das der Parlamentarischen Versammlung, die im Juni abstimmen wird, eine endgültige Liste der Kandidaten übermittelt... [Fortsetzung](#)

Litauen muss mehr gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma unternehmen



Am 8. Januar forderte der Beratende Ausschuss des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten Litauen auf, einen umfassenden Rechtsrahmen anzunehmen, die Diskriminierung von Schülern an Schulen, die in Minderheitensprachen unterrichtet werden, zu verhindern und negative Stereotypen gegenüber Sinti und Roma zu bekämpfen. In seiner Stellungnahme bedauerte der Ausschuss insbesondere die mangelnde Umsetzung wichtiger Sprachrechte, wie z.B. die korrekte Schreibweise von Namen in offiziellen Dokumenten. Der Ausschuss begrüßte jedoch die Wiedereinsetzung einer Abteilung für nationale Minderheiten... [Fortsetzung](#)

Weltbank :

Rücktritt des Präsidenten



Weltbankpräsident Jim Yong Kim kündigte am 7. Januar an, dass er am 1. Februar zurücktreten wird. Die derzeitige Generaldirektorin und ehemalige EU-Kommissarin Kristalina Georgieva aus Bulgarien wird als Interims-Generaldirektorin fungieren. Der Tradition nach wird der nächste Präsident sicherlich Amerikaner sein... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Arbeitslosenquote sinkt



Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im November 2018 in der Europäischen Union bei 6,7% und in der Eurozone bei 7,9%, so die jüngsten am 9. Januar veröffentlichten Eurostat-Daten. Am besten sind die Zahlen in der Tschechischen Republik (1,9%), Deutschland (3,3%) und den Niederlande (3,5%), während die höchsten Quoten in Griechenland (18,6%) und Spanien (14,7%) verzeichnet wurden. Besonders niedrig war die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr in Kroatien, Griechenland und Spanien... [Fortsetzung](#)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zu 2,07% des BIP



Nach den am 10. Januar veröffentlichten Eurostat-Schätzungen beliefen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Europäischen Union im Jahr 2017 auf 320 Mrd. € oder 2,07% des BIP, wobei der Unternehmenssektor die Mehrheit der Ausgaben stemmte (66%). Dies ist eine Steigerung gegenüber 2016 (2,04%) und 2007 (1,77%). Die europäischen Länder, die am meisten für FuE ausgeben, sind Schweden (3,33% des BIP), Österreich (3,16%) und Dänemark (3,06%), während die niedrigsten Ausgaben in Rumänien (0,5%), Lettland (0,51%) und Malta (0,55%) zu verzeichnen waren...

Fortsetzung

Kultur :

Plovdiv und Matera, Europäische Kulturhauptstädte



Plovdiv in Bulgarien und Matera in Italien sind die europäischen Kulturhauptstädte für 2019. Plovdiv startete das Veranstaltungs- und Ausstellungsprogramm am 12. Januar unter dem Motto "Gemeinsam! Die Feierlichkeiten beginnen am 19. Januar in Matera unter dem Motto

"Open Future!.. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

90. Geburtstag von Tim und Struppi



Anlässlich des 90. Jahrestages des Comics Tim und Struppi, der erstmals am 10. Januar 1929 in "Die kleinen Zwanzigsten" erschien, und des 50. Jahrestages der ersten Schritte des Menschen auf dem Mond wird bis Mai in Barcelona eine Ausstellung "Tim und der Mond" gezeigt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jazzfestival in Brüssel



Die fünfte Ausgabe des Brussels Jazz Festival läuft bis zum 19. Januar in Brüssel. Jeden Abend werden Jazzkonzerte mit belgischen, äthiopischen, mexikanischen und bahrainischen Künstlern angeboten... [Fortsetzung](#)

Feier der keltischen Musik in Glasgow



Das Celtic Connections Festival, eines der größten keltischen Musikfestivals, das auch das keltische Kulturerbe feiert, versammelt vom 17. Januar bis 3. Februar mehr als 2.000 Künstler und 300

Veranstaltungen in der Stadt Glasgow... [Fortsetzung](#)

Mircea Cantor und die rumänische Natur



Das Museum für Jagd und Natur bietet dem rumänischen Künstler Mircea Cantor eine Carte Blanche für eine Ausstellung vom 15. Januar bis 31. März im Rahmen der Frankreich-Rumänien-Saison 2019 und zu einer Zeit, in der Rumänien den Vorsitz im EU-Rat führt. Mit traditionellen Festen und der Herstellung von Objekten, die von der rumänischen Fauna inspiriert sind, zeigt die Künstlerin Bilder, Volkskunstobjekte aus dem rumänischen Bauernmuseum in Bukarest sowie Kunstwerke... [Fortsetzung](#)

Agenda :



14.bis 18. Januar

Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



15. Januar

London
Abstimmung des Unterhauses über das Brexitabkommen



21. Januar

Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten"; Treffen der Eurogruppe

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Die Redaktion des Newsletters :

Thomas de Robiano, Helen Levy ;
Victoire Bortoli, Chloé Hellot, Natasha Hroneska, Sophie van der Heijden

Chefredakteur : Eric Maurice

Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)